

Calmer Tagblatt

Nr. 267

Amis- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichungswelle: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 14. —
Stückpreis Nr. 40. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.

Wittwoch, den 15. November 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erdgas Nr. 540. — Vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 540. — mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Grund: die Sozialdemokraten gegen die Regierungserweiterung durch die Deutsche Volkspartei.

Die Krisis im Reichskabinetts.

Ablehnung der großen Koalition durch die Sozialdemokraten.

Berlin, 14. Nov. (Telephon). Die Beratung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion endete nach 9 Uhr abends mit folgendem mit großer Mehrheit gefassten Beschlusse: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der deutschen Volkspartei ab.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Berlin, 14. Nov. (Telephon). Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht eintreten werde, hat das Reichskabinetts beschlossen, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen.

Annahme des Rücktritts des Reichskabinetts durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 15. Nov. (Telephon). Der Reichskanzler hat gestern in den späten Abendstunden die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Der Reichspräsident hat sie angenommen.

Die Vorgeschichte des Rücktritts.

Berlin, 15. Nov. (Telephon). Der „Völkischen Zeitung“ zufolge erklärte in der gestrigen Nachmittagsitzung der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien mit den Sozialdemokraten der Reichskanzler, daß die gegenwärtige Regierung die Reichspolitik nicht weiterführen könne, wenn die Sozialdemokratie in ihrer Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei beharre. In diesem Falle würde in 24 Stunden eine Regierung aus den Parteien der Arbeitsgemeinschaft gebildet werden müssen. Der Reichskanzler ersuchte schließlich die Sozialdemokraten mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten, ob sie der Erweiterung der Regierungskoalition durch die Deutsche Volkspartei zustimme oder nicht. — In einer Erklärung, die der Reichskanzler um 10 Uhr Journalisten gegenüber abgab, sagte er über die Vorgeschichte der Demission: „Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft habe ihn darauf hingewiesen, daß besonders die letzte Woche an die Reparationskommission und die sich daraus ergebende Politik eine Stützung durch eine breitere Basis der Regierung erfordere. Die Deutsche Volkspartei habe die nach Paris abgegangene Note ausdrücklich gebilligt. Die Note sei tatsächlich ein Ausdruck des politischen Willens, der noch nicht vorhandene Koalition. Besonders das Zentrum sei an ihn herangetreten mit der Forderung, dieses Zusammenarbeiten in eine wirkliche politische Gemeinschaft umzuwandeln. Dieser Lage habe er entsprochen und habe das Verlangen nach der großen Koalition gestellt.“

Die Frage der Neu- oder Umbildung der Reichsregierung.

Ueber die Fragen einer Erweiterung der Regierungskoalition bzw. der Umbildung des Reichskabinetts schreibt der Berliner Mitarbeiter der „Süddeutschen Zeitung“ folgendes: In den Kreisen der Deutschen Volkspartei ist die Auffassung allgemein, daß eine Umbildung des Kabinetts nicht mehr in Betracht kommt, sondern daß eine völlige Neubildung in der Lage unbedingt notwendig geworden ist. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt um halb fünf Uhr zur Beratung zusammen. — Um 4 Uhr nachmittags findet wieder eine Besprechung der Fraktionsführer beim Reichskanzler statt, der sich Fraktionsitzungen anschließen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte heute vormittags eine kurze Sitzung, in der keine wesentlichen Mitteilungen über die Regierungskrise gemacht wurden. Um 6 Uhr abends tritt sie zu einer neuen Sitzung zusammen. Auch nach 7 Uhr abends dauerten die Verhandlungen zwischen den Parteien noch fort. Es fanden Besprechungen zwischen der Volkspartei und den Sozialdemokraten im Beisein des Reichskanzlers statt. Die Sozialdemokraten halten eben nach Schluß der Plenarsitzung eine Fraktionsitzung ab, um endgültige Beschlüsse zu fassen. Nach der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion werden die anderen Parteien und auch die Arbeitsgemeinschaft zusammenzutreten. Ein Ergebnis wird frühestens um 11 Uhr erwartet.

In den Kreisen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft besteht die Auffassung, daß das neue Kabinetts auch von einem anderen Plane geführt werden muß, wobei man in erster Linie an ein Mitglied des Zentrums, etwa an Stegerwald, denkt, in zweiter Linie aber auch einen Mann aus den Reihen der Demokraten oder der Deutschen Volkspartei für möglich hält. Der jetzige Reichskanzler hat indessen diese Frage dadurch von sich aus zu entscheiden versucht, daß er der letzten Note an die Reparationskommission, die eigentlich das Programm des neuen Kabinetts enthält, seine Unterschrift gegeben hat. Von seinem Gesichtspunkt aus war das klar, ob es der Außenpolitik Deutschlands nützt und ob die Entente an den Ernst der Forderungen und Anträge glaubt, muß man zunächst abwarten. Jedenfalls sind noch Bestrebungen im Gange, um den Reichspräsidenten zu veranlassen, zunächst nicht den jetzigen Reichskanzler mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen, damit nicht weitere Schwierigkeiten entstehen. Reichsfinanzminister Hermes kommt für die Bildung des Kabinetts nicht in Betracht und zwar mit Rücksicht auf das noch nicht ganz klare Ergebnis des Prozesses und mit Rücksicht auf seine Haltung gegenüber der Reparationskommission, die nicht ganz mit dem Inhalt der jetzt abgegangenen Note übereinstimmt. Zum zweiten ist die Besetzung des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums von Bedeutung. Es würde den Gedanken der großen Koalition und der außen- und innenpolitischen Lage nicht entsprechen, wenn beide Ministerien in der Hand der Sozialdemokraten lägen. Es wird deshalb von der Arbeitsgemeinschaft gefordert werden, daß das Innenministerium mit einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft und zwar mit dem früheren Innenminister Koch, besetzt wird. Für das Wirtschaftsministerium ist von der Arbeitsgemeinschaft ein Vertreter der Deutschen Volkspartei mit einem demokratischen Staatssekretär, etwa dem früheren bayerischen Handelsminister Hamann, und einem sozialdemokratischen Staatssekretär vorgesehen. Der Vorschlag, das Reichswirtschaftsministerium in Händen des jetzigen Wirtschaftsministers Schmidt zu belassen und einen völksparteilichen Abgeordneten zum Staatssekretär zu ernennen, wird bei der Mehrheit der Arbeitsgemeinschaft keine Annahme finden. Die Sozialdemokraten scheinen die Absicht zu haben, der Volkspartei ein einheitliches Verkehrsministerium für Post und Eisenbahn und evtl. das Auswärtige Amt oder den Posten eines Sprechministers zuzuwenden. — Der Reichskanzler hat eine Neubesetzung des Reichskanzlerpostens in Paris ins Auge gefaßt und hat, wie die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ erzählt, dem Reichsfinanzminister Dr. H e r m e s diesen Posten angeboten.

Die Reparationsfrage.

Der endgültige deutsche Vorschlag auf Grund der Sachverständigen Gutachten.

Berlin, 14. Nov. Die Reichsregierung richtete an die Reparationskommission folgende Note: „Herr Präsident! Nachdem seit Ueberreichung des Schreibens der Reichsregierung vom 8. November inzwischen auch das zweite Gutachten der von der Reichsregierung berufenen internationalen Sachverständigen eingegangen ist, werden der Reparationskommission die beiden Gutachten mit der Bitte um Kenntnisnahme übermitteln. Die deutsche Regierung macht sich den Inhalt dieser Gutachten in ihren Grundzügen zu eigen und unterbreitet auf Grund der inzwischen mit der Reichsbank zum Abschluß gebrachten Verhandlungen in Ergänzung ihrer Vorschläge in dem Schreiben von 4. und 8. November ds. Js. folgenden zusammenfassenden Plan zur Hebung und Festigung des Marktwesens:

1. Die endgültige Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Da aber angesichts der in letzter Zeit eingetretenen Zerrüttung der Mark auf eine solche Regelung nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Hebung und Stützung notwendig.
2. Eine solche vorläufige Aktion kann, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht allein mit den deutschen Kräften geschaffen. Um das verloren gegangene Vertrauen zur Mark wieder herzustellen, wäre die Mitwirkung des Auslandes notwendig.
3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 Millionen Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungaktion zur Verfügung zu stellen.
4. Die Znangriffnahme der Stützungaktion erfordert folgende

Voraussetzungen:

a) Deutschland wird für drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles befreit. Die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld des Reiches aus den laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden können.

b) Deutschland erhält für die Stützungaktion einen von ausländischen Banken gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark, so daß für die Stützungaktion insgesamt ein Betrag von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.

5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark unter Znangriffnahme ihres Goldbestandes aufgestellt worden. Die Haftung oder Garantie für den ausländischen Bankkredit vermag die Reichsbank daneben jedoch nicht zu übernehmen. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reich zu stellen sein.

6. Die von ausländischen Banken und der Reichsbank bereitgestellten Mittel werden unter Benutzung der Organisation der Reichsbank von einer unabhängigen Stelle verwaltet, die als Vertreter der ausländischen kreditgebenden Bankgruppen, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet wird.

7. Diese Stelle wird zu gunsten des Kurzes der Reichsmark intervenieren. Sie wird in erster Linie das im Auslande — New-York, London, Amsterdam, Zürich usw. — verfügbare Material an Reichsmark für Rechnung des Reiches aufzunehmen suchen, was gleichzeitig zu einem Rückgang der Devisenkurse führen wird. Im übrigen wird sie durch An- und Verkauf von Devisen im In- und Auslande den Kurs der Mark zu regulieren suchen.

Auslegung von Anleihen.

8. Sobald durch die Stützungaktion der Kurs der Mark so weit gebessert ist, daß das innere Vertrauen wiederhergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen auslegen. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswärtige Anleihen aufzulösen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind. Schon während der Dauer der in Nr. 4 a genannten Periode wird der Ertrag der inneren Anleihe zur Hälfte, derjenige der äußeren Anleihe in voller Höhe zur Abdeckung von Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles verwendet. Die andere Hälfte des Ertrages der inneren Anleihe dient dem Bedarf des eigenen Haushaltes Deutschlands, insbesondere zur Rückzahlung des Stützungskredits. Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutschland in die Lage versetzt, das Gleichgewicht in seinem Haushalt herzustellen, das Anwachsen der schwebenden Schuld aufzuhalten und die Diskontierung der Sachanweisungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzustellen. Sobald der Haushalt im Gleichgewicht ist, werden die Anleihen nur noch für werbende Zwecke begeben und schwebende Schulden nur als vorläufige Geldbeschaffung bis zur Auslegung der betreffenden Anleihe aufzunehmen sein. Die Ursachen der Inflation fallen damit fort.

Innere Reformpläne.

9. Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt worden: Aufhebung entbehrlich werdender Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Verminderung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen auf die dringlichsten Erfordernisse und produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

10. Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch eine Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Zu diesem Zweck werden insbesondere die Neuregelung des Arbeitszeitrechts unter Festhaltung des Achtstundentags als des normalen Arbeitstages und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert, der Luxusverbrauch und die Luxusindustrie gehemmt und der Alkoholverbrauch beschränkt werden. Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsbewirtschaftung des Brotes abgeändert werden. Bei einer Besserung der

Forderung nach wirtschaftspolitischer Gleichberechtigung.

11. Bei Festigung des Marktwesens werden andererseits

heimatlichen Bildes für den Schutz der Freiheit, für Erhaltung der gar für „Urwald“ dichter Bodenkultur? erhalten und nicht in preiszugeben, solange wir brauchen die mehr, je ernster und brauchen Erholung danken neue Freunde Buches und Forst zu den vorzügliche Heimat, praktische Erfahrung tur und Heimat anweist er bald auf die alten, bald auf die tendenden Eingriff der ger photographischer zungen erst recht von schügen. In einem ummungen, die für angefleht, gewiß zur die in den weitesten verdient.

Itmann, Calw, Buchdruckerei, Calw.

November 1922. ige.

and Bekannten richt, daß me n ter, Schwieger

Mast in dem Herrn

bliebenen. tag 2 Uhr.

November 1922. ng.

ahme während beim H- Wammes und

ug te, die ehren- enden Gejang

licht Rindern.

Sifhler!

R. B. D. R. G. M. 162, Wollkestr. 57.

Stuttgart

schön und gut. Ledermann, Leder- str. 91

lender r 1923

zeichnung.

Mk. zu haben dieses Blattes.

die ausländischen Staaten dieselben Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt wurden. Auch im übrigen wird Deutschland Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiet wieder hergestellt werden müssen, um einen Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehende

Anträge:

a) die endgültige Festsetzung der Verpflichtungen wieder sobald als möglich in solcher Höhe herbeizuführen, daß sie einschließlich des Dienstes der aufzunehmenden Anleihen aus dem Ueberschuß des Haushalts bestritten werden können.

b) Zunächst für die Dauer von drei bis vier Jahren Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles unter dem in Ziffer 4 a, Abf. 2 gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu befreien.

c) Unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zum Zwecke der Beratung über den Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzuberufen. Die deutsche Regierung ist auch ihrerseits bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

d) Die Anträge zu unterstützen, welche die deutsche Regierung bei der beteiligten Regierung für die Bewirkung der in Ziffer 11 bezeichneten Notwendigkeit stellen wird.

Frankreichs Sturm auf das Rheinland.

In Paris wird zum Sturm geblasen. „Der Sturz Lloyd Georges eröffnet Poincaré die Möglichkeit, gegen Deutschland mehr vorzugehen, in dem schnellsten entscheidenden Sinn, wie wir es wünschen“, heißt es in der „L'Action Française“. Und umgehend fiel die gesamte nationale französische Presse auf das Sturmsignal ein: „Die geduldige Arbeit der Kommissionen, die Projekte zur Gesundung der deutschen Finanzen, die Finanzkombinationen genügen heute nicht mehr; an die These von Pfändern muß umgehend gedacht werden, d. h. an das linke Rheinufer, an seine Organisation und Verwaltung.“ So schrieb „Journal des Debats“. Und „Echo de Paris“ unterstrich diese These mit den Worten: „Augenblicklich bleibt den Gläubigerstaaten nichts mehr übrig, als produktive Pfänder zu ergreifen und das linke Rheinufer, sowie das Ruhrgebiet für die Reparationen zu organisieren.“ Der Abg. Paul Reynaud gab dieser Forderung auch in der Kammer rückhaltlos Ausdruck, indem er sagte: „Man soll bis zur Besetzung des Ruhrgebiets gehen! Nicht alle zwei Monate, um einige Millionen zu erhalten, sondern ein für allemal. Das Ruhrgebiet ist in der Tat die Basis der Industriepramie, welche die wirtschaftliche Stärke Deutschlands bildet.“ Was mit dem Rheinland als produktives Pfand geplant und gemeint ist, sagt Prof. Dubois in „L'Homme Libre“ ziemlich eindeutig: „In erster Linie müsse eine Barrikade im Rheinland aufgerichtet werden. Dann wäre es notwendig, aus dem Rheinflande, wie übrigens auch aus dem Saargebiet einen neutralisierten Freistaat zu bilden, dessen Zollverwaltung an Frankreich angeschlossen wäre, der jedoch eine starke militärische Besetzung behalten würde.“ Und „Journal des Debats“ führt unter den Punkten des politischen Programms der republikanisch-demokratisch-sozialen Partei folgende Sätze an: „Wenn dieser Versuch (internationale Anleihe und Kompensierung der interalliierten Schulden) nicht gelingt, dann bleibt nur noch die wagemutige Ausnutzung der Pfänder übrig, die wir haben und noch haben können. Die Stunde ist für unser Land gekommen, um unsere unwandelbaren Rechte auf Deutschland geltend zu machen und die einzig praktische Politik zu befolgen, die Politik der Pfänder, d. h. im besonderen die Organisation des linken Rheinflandes.“

Herold hat im Geiste das Rheinland bereits fest in der Hand. Bei der Untersuchung der Finanzlage Frankreichs in der „Vieville“ steht er trotz der trostlosen Ziffern hoffnungsfroh in die Zukunft, „selbst wenn man von Deutschland keine Zahlungen bekommt. Nur müsse man daran gehen, die Organisation eines neuen autonomen Rheinlandes auf dem linken Ufer mit einem kleinen lokalen Sonderparlament ins Auge zu fassen. Denn wenn man gezwungen sei, infolge der Markkatastrophe die Erleichterung der französischen Finanzlage auf sich zu nehmen, müsse man mindestens ein politisches Gegengewicht unter der Form einer Zunahme der Sicherheit Frankreichs am Rhein erlangen.“

Aus alledem ist ersichtlich, daß der französische Generalangriff auf das Rheinland von äußerstem Ernst und weittragender Bedeutung ist.

Die englische Politik gegenüber Deutschland.

London, 15. Nov. (Telephon.) Der Londoner Berichterstatter des Wolff-Büros erzählt von maßgebender britischer Seite zu den Gerüchten über den angeblichen Handel zwischen der britischen und der französischen Regierung betr. französische Zugeständnisse im nahen Osten gegen eine britische Unterstützung der freien Hand Frankreichs gegenüber Deutschland, daß derartige Angaben jeglicher Grundlage entbehren. Die Frage des wahren Stens stehe nach britischer Ansicht in keinem Zusammenhang mit der Reparationsfrage, da die erstere eine sofortige Lösung erfordere, während die Ansicht der britischen Regierung über die Reparationsfrage erst dann endgültig festgelegt werden könne, wenn das Ergebnis der britischen Wahlen feststehe. Die allgemeine Ansicht der augenblicklichen britischen Regierung in der Reparationsfrage sei jedoch in der letzten Rede des Premierministers und Lord Curzon dargelegt. Es bestehe keinerlei Grund zu der Annahme, daß die Regierung von diesen Ansichten

Ämtliche Bekanntmachung

bek. nachträgliche Erhöhung der Getreidepreise für das erste Drittel der Umlage.

Durch das Reichsgesetz zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 27. Oktober 1922 werden die im § 50 Abs. 1 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 festgesetzten Preise für das erste Drittel der Umlage mit rückwirkender Kraft für alle aus der Ernte 1922 getätigten Ablieferungen wie folgt erhöht:

Für den Dz. Weizen auf	„ 3030.—
„ „ Roggen auf	„ 2830.—
„ „ Gerste auf	„ 2700.—
„ „ Hafer auf	„ 2550.—

Die Herren Ortsvorsteher wollen die Preiserhöhung alsbald in ortsüblicher Weise bekanntgeben und die ablieferungspflichtigen Landwirte gleichzeitig nachdrücklichst zur ungesäumten Ablieferung des bereits verfälligen ersten Drittels der Umlage auffordern.

Calw, den 13. November 1922.

Kommunalarb. Bd. 6, Amtmann.

abgehe, nach britischer Auffassung sei die in der letzten Zeit in der britischen öffentlichen Meinung ausgebrütete Versteifung in der Reparationsfrage gegenüber Deutschland auf den durch den Bericht der neutralen Sachverständigen in Berlin verstärkten Eindruck zurückzuführen, daß Deutschland seinerseits nicht genügend zur Lösung der Reparationsfrage beitrage.

Die Erklärungen von offiziöser britischer Seite sind so unglücklich und so vieldeutig wie die englische Politik in den letzten Jahren sich gegenüber Deutschland gezeigt hat. Daß die Lösung der Reparationsfrage verschoben wird, ist ein Beweis dafür, daß man zuerst mit Frankreich sich über den Osten verständigen will und dann trotz des Dementis über Zugeständnisse an Frankreich in der deutschen Frage den Franzosen im Verhältnis zur Gesamtlage eben freie Hand gegenüber Deutschland lassen wird. Selbstverständlich werden auch die Verhältnisse im Osten dabei berücksichtigt werden müssen.

Bonar Law zur Reparationsfrage.

London, 14. Nov. Bonar Law sagte in einer Rede in Glasgow, das Entscheidende für die nächsten Jahre werde sein, ob die Konservativen eine tragfähige Mehrheit erhalten. Wenn man eine solche Mehrheit nicht habe, so schloß Bonar Law, werde die Ansicht, daß wir unseren Einfluß in Europa in angemessener Weise geltend machen, ungeheuer verringert. Ueber die Reparationsfrage sagte der Premierminister, er sei dafür, daß Deutschland entsprechend seiner Leistungsfähigkeit den angelegten Schaden wieder gut mache. England werde dazu beitragen, daß dieses schwierige Problem gelöst werde. — Es fragt sich bloß, wie hoch der englische Premierminister die Leistungsfähigkeit Deutschlands einschätzt.

Die üblichen englischen Sprüche.

Bradbury erwartet Selbsthilfe (!) Deutschlands. London, 14. Nov. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Bradbury werde am Mittwoch nach London fahren, um der britischen Regierung die Berichte über die auf der Berliner Konferenz erzielten Ergebnisse zu unterbreiten. Bradbury teile dem „Times“-Berichterstatter mit, daß er während der Erörterungen sich in vollständiger Uebereinstimmung mit Barthou befand. Der Ernst der Lage in Deutschland werde jetzt von jedem Mitglied der Kommission vollkommen anerkannt. Dies sei ein wertvolles Ergebnis des Berliner Besuchs. Wenn in den Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten zutage treten sollten, so würden sie allein auf die Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen Urteilen zurückzuführen sein. Wenn die Katastrophe verhütet werden soll, müßten sofort Schritte getan werden. Es sei klar, daß die Kommission wenig tun könne, um den Deutschen zu helfen, wenn die Deutschen nicht bestrebt seien, sich selbst zu helfen. Die Kommission erwarte daher mit einiger Besorgnis die Unterbreitung des Planes durch die deutsche Regierung, der die Stabilisierung der Mark bezwecke.

Ausland.

Polnischer Protest gegen ukrainische Bandenbildung an der ostgalizischen Grenze.

Warschau, 14. Nov. Die Poln. Telegr.-Ag. meldet: Das Ministerium des Äußern richtete an den Vertreter der Sowjet-Ukraine eine Note, in der gegen die Bildung von Banden auf dem Gebiete der Ukraine Protest eingelegt wird, da diese bewaffnet das polnische Gebiet überfallen. Das Ministerium macht in der Note Angaben, wo sich die Banden aufhalten und nennt ihre Stärken. Schließlich fordert die Note sofortiges Einschreiten der ukrainischen Regierung gegen das Bandenwesen und Bestrafung jener ukrainischen Staatsfunktionäre, die nachgewiesenermaßen dem Bandenwesen Vorschub leisten. — Die ukrainischen Banden verfolgen wahrscheinlich den Zweck, O s t g a l i z i e n, das eine rein ukrainische Bevölkerung hat, genau so beunruhigen, wie es die Polen in Oberschlesien gemacht haben.

Ein Beschluß der Faschisten von Piacenza.

Basel, 14. Nov. Die Faschisten von Piacenza haben nach einem römischen Bericht der Basler „Nationalzeitung“ den auch in Deutschland zur Nachahmung empfohlenen Beschluß gefaßt, ein Jahr lang keinen Gebrauch von Gold oder sonstigen Wertgegenständen zu machen, ferner ohne Belohnung und mit Eifer für das Vaterland zu arbeiten, auf alle Vergünstigungen zu verzichten und den Gegenwert für alles Ueberflüssige einem Fonds zuzuführen, aus dem Werke der Güte, Schönheit und der Zivilisation Unterstützung finden sollen. Dieser Entschluß wurde durch einen Eid beim Blute der Kriegspopel bekräftigt.

Das Scherengericht in Argon.

Argon, 14. Nov. Im Sitzungssaal der Kammer hat gestern Vormittag vor dem außerordentlichen Kriegsgericht der Hochverratsprozeß gegen die für die nationale Katastrophe verantwortlichen Minister und Generale begonnen. Die Verteidigung erhob wegen Nichtzuständigkeit Einspruch und bestritt die Gesekmächtigkeit der Zusammensetzung des Gerichtshofes. Die Kommissare des Revolutionsausschusses machten demgegenüber die Gesekmächtigkeit des Gerichtshofes geltend. Gunaris erging sich darauf in einer langen Darlegung über den nationalen Willen.

Deutschland.

Forderungen des Allg. Deutschen Beamtenbunds zur wirtschaftlichen Notlage.

Berlin, 13. Nov. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zur Behebung der besonders für die Festbesoldeten katastrophalen wirtschaftlichen Notlage. Es wird u. a. eine Währungsreform unter Heranziehung der vorhandenen Sachwerte und der verfügbaren Goldbestände als Garantiefonds, die Unterbindung der wilden Spekulation und der Kapitalflucht, die Einreibung aller außerstehenden Steuern und die Sicherstellung der Produktion inländischer Herkunft, insbesondere der Nahrungsmittel, zur Versorgung der Bevölkerung gefordert. Einer Behebung der wirtschaftlichen Notstände nur durch die Erhöhung der normalen Arbeitsdauer wird in dem Schreiben entschieden widersprochen. Der Allg. Deutsche Beamtenbund betont schließlich, daß die von ihm vertretene Beamtenschaft bereit sei, sich mit allen Kräften für die Durchsetzung der Sanierungsmaßnahmen einzusetzen.

Die Geheimbündelei.

Berlin, 13. Nov. Der Ämtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in München, womit sich die in Norddeutschland in ihren Anfängen geschaffene National-Soziale Vereinigung identifiziert, verfolgt außer ihrem öffentlich bekanntgegebenen Programm geheime Bestrebungen. Ein vor kurzem von der Partei herausgegebenes Kampfbuch, betitelt Dr. Wirth, unser Reichsfinanzminister, enthält die stärksten Beschimpfungen gegen den Kanzler und Herabwürdigungen der republikanischen Staatsform. Als weitere Geheimorganisationen haben sich in letzter Zeit noch der „Selbstschutz Charlottenburg“ und der „Geheimbund Brandenburg“ bemerkbar gemacht. Die Maßnahmen zum Verbot dieser und ähnlicher Verbände sind zum Teil bereits getroffen worden, teils stehen sie unmittelbar bevor.

Verhaftung eines Landesverrätters.

Berlin, 11. Nov. (Wolff.) Der Vorsitzende des Bezirksbetriebsrats der Reichsbahndirektion Berlin, August Baer, wurde am Donnerstag abend von Beamten der politischen Polizei in seiner Wohnung verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines richterlichen Haftbefehls. Der „B. Z. a. M.“ zufolge handelt es sich um eine Anschuldigung gegen Baer, der sich angeblich des Landesverrats schuldig gemacht haben soll. Baer wird zur Last gelegt, daß er sich mit der Entente in Verbindung gesetzt und dort Mitteilungen gemacht habe, die ihm als Landesverrat ausgesetzt würden.

Ehrung deutscher Wissenschaft im Ausland.

Madrid, 13. Nov. Der Erlanger Professor W i n g hat seine Vorträge vor der hiesigen Fakultät und der Röntgen-Gesellschaft über die Krebsbehandlung abgeschlossen. Die Vorträge fanden größten Beifall. W i n g wurde durch ein Bankett geehrt und vom König empfangen.

Brandunglück auf einem norwegischen Dampfer.

Hamburg, 13. Nov. Wie die Hamburger Mittagspresse meldet, brach heute auf dem norwegischen Dampfer „King Eric“ Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit von der Mannschaftskajüte aus, wo es wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit entstand, ausbreitete. Bisher werden 3 Mann der Besatzung als tot gemeldet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. November 1922.

Wiel Luft und Licht.

Von A. Eimer.

Wiel Luft und Licht sind dem Kulturmenschen unentbehrliche Bedürfnisse geworden. In früheren Zeiten hat man beide nicht als so unumgänglich notwendig angesehen. Je mehr man aber ihre Wichtigkeit für die Gesundheit erkannte und einsehen gelernt hat, daß es leichter ist, durch geeignete Vorsichtsmaßnahmen eine Krankheit zu verhüten, als sie zu kurieren, um so bessere Maßnahmen zur Erhaltung und Kräftigung der Gesundheit sucht man zu treffen. Zwar ist es in den engeren Stadtwohnungen nicht möglich, den Anforderungen der naturgemäßen Hygiene nach allen Richtungen hin zu entsprechen, wie es auf dem Lande weit eher der Fall sein kann. Doch ist es eine sonderbare Tatsache, daß sich die Landbewohner, wohl weil sie bei ihrer vielen Beschäftigung im Freien Luft und Licht in Fülle haben, nicht so viel, im allgemeinen gesagt, nach den Gesundheitsgeboten hinsichtlich dieser beiden bedeutsamen Erfordernisse richten, daß sie z. B. lange nicht genug, wenn es überhaupt geschieht, „lüften“, dem Lichte den Eingang verwehren usw. Der mehr an geschlossene Räume gefesselte Städter weiß meistens den Segen der frischen erquickenden und belebenden Luft besser zu schätzen. Er verweilt mit Freuden in ihr und gewinnt Trost und neue Kraft auf einem schönen, weiten Spaziergange in der freien Natur. Da wir im Schlaf eine große Menge Luft verbrauchen, muß in den Schlafräumen stets sehr gut für die durchaus notwendige Durchlüftung gesorgt werden, damit der Luft der entzogene Sauerstoff wieder zugeführt werde. Die Betten müssen täglich abgedeckt und stundenlang gelüftet werden. Womöglich

in Argen.
Saal der Kammer hat
den nationalen Kata-
strophal wirt-
schaftlichen Notstände
den Arbeitsdauer wird
prohen. Der Allgem.
sich mit allen Kräften
maßnahmen einzusetzen.

Die Gemeinderatswahlen.

Dem veränderten Gemeindeglied hat das Mini-
sterium des Innern sofort die Vollzugsverordnung folgen
lassen. Genaue Vorschriften sind für Form und Inhalt der
Wählerliste gegeben. In diese sind aufzunehmen Personen,
deren Wahlrecht ruht, oder die an der Ausübung des Wahl-
rechts behindert sind. Zu den „Soldaten“ im Sinn des
Wahlrechts gehören die Mannschaften, Unteroffiziere, De-
fensoffiziere sowie die Offiziere einj. der Sa-
nitärs-, Veterinär-, Feuerwerks- und Zeugoffiziere des
Landwehrkorps und der Reichsmarine; die Militärbeamten
dagegen gehören nicht zu den Soldaten der Wehrmacht. In
großen und mittleren Städten kann durch Gemeinderats-
beschluss die Entscheidung über Eintragung einer Abteilung
übertragen werden. Außerdem kann in diesen Städten der
Gemeinderat den mit der Entgegennahme von Einträgen
beauftragten Beamten ermächtigen, entsprechende Ände-
rungen der Wählerliste zu erledigen. Mit der Bekannt-
machung über die Auflegung der Wählerliste für die Teil-
gemeinderatswahlen ist gleichzeitig die Bekanntmachung
des Wahltags und die Aufforderung zur Einreichung von
Wahlvorschlägen zu verbinden. Diese Bekanntmachung hat
spätestens innerhalb 2 Wochen vor dem Wahltag zu erfol-
gen. Die Wahl selbst kann im Laufe der Monate Januar
und Februar vorgenommen werden. Bei Ortsvorsteher-
wahlen in Gemeinden zweiter und dritter Klasse kommt,
falls der Gemeinderat einen Samstag als Wahltag fest-
setzt, die Bestimmung des Kalendertags für die Wahl dem
Vorstand des Oberamts zu. Neu ist die Bestimmung, daß
die Wählerliste in Heftform oder in Karteiform angelegt
werden kann; sie heißt dann im ersten Fall „Wählerliste“,
im letzteren „Wahlkartei“. Wird bei Wahlen (ausgenom-
men die Wahlen in großen Städten) nur ein Wahlvor-
schlag eingereicht, so sind als Bewerber im Sinne des Wahl-
gesetzes Art. 78 auch sog. „Wilde“, d. h. Personen, die nicht
auf dem bekanntgegebenen Wahlvorschlag stehen, anzusehen.
Ihre Person muß aus dem Stimmzettel unzweifelhaft zu
erkennen sein, der bloße Familienname genügt hier nicht.
Die den „Wilden“ zugefallenen Stimmen werden für jeden
separat vermerkt und gezählt. Bewerber, die nicht auf
dem bekannt gemachten Wahlvorschlag stehen, werden jetzt
für sich als besonderer Wahlvorschlag aufgeführt.

Höhere Fortbildungskurse an den Gewerbeschulen.

Die durch die Zeitverhältnisse notwendig gewordene Um-
gestaltung unseres Schulwesens berührt auch in einschnei-
dendem Maße die gewerblichen Fachschulen. Die Möglich-
keit des ganz- und mehrjährigen Besuchs von Fachschulen
mit Volkunterricht behufs Weiterbildung solcher Facharbei-
ter, die bereits die Gewerbeschule durchlaufen haben, zu
Monteuren, Werkmeistern, Werkführern und dergl. ist in
Zukunft für die meisten in Betracht kommenden jungen
Leute durch die unerschwinglichen Kosten nicht mehr gege-
ben. Dabur wird der Weiterbestand der mittleren Fach-
schulen, wie der Bauhandwerker-, Monteur- und
Werkmeister-, in Frage gestellt. Ihre Aufgaben ha-
ben künftig die Gewerbeschulen zu übernehmen durch Ein-
richtung von Aufbaufkursen mit Abendunter-
richt, so daß die Teilnehmer an denselben der beruflichen
Tagesarbeit nicht entzogen werden. Diese Kurse sind dann
auf einen entsprechend längeren Zeitraum auszudehnen.
Nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber
werden diese Einrichtung sehr begrüßen. Den Unterricht
werden hauptsächlich Gewerbelehrer mit voller ingenieur-
technischer Ausbildung zu erteilen haben. Leider muß diese
an sich sehr dringliche, für die Entwicklung unserer wirt-
schaftlichen Stärke bedeutsame Einrichtung wegen des gro-
ßen Mangels an geeigneten Lehrkräften noch zurückgestellt
werden. Für die an der Technischen Hochschule studierenden
Anwärter für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen bie-
tet sich auch nach dieser Richtung hin eine dankbare und
ausichtsreiche Tätigkeit und Laufbahn.

Dank für die Erntehilfe.

Die Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer
dankte den Studenten der Hochschulen Tübingen, Stuttgart,
Hohenheim, sowie den Maschinenbauingenieuren in der
heutigen Sitzung mit warmen und anerkennenden Worten für
die geleistete Erntehilfe in diesem Herbst.

Gebühren für die öffentlichen Feldmesser.

Das Staatsministerium hat durch Verordnung vom 13. Nov.
ds. Js. die Gebühren der öffentlichen Feldmesser für den Monat
Oktober in Ortsklasse A auf 265, B auf 255, C auf 250, D auf
215 und E auf 240 M für die Arbeitsstunde festgesetzt. Ein
Feuerungszuschlag tritt zu diesen Gebühren nicht hinzu. Für
die Zeit vom 1. November 1922 an wird das Ministerium des
Innern die Gebühren festsetzen und sie jeweils im „Staats-
anzeiger“ bekannt geben.

Die Gemeinderatswahlen.

Die durch die Zeitverhältnisse notwendig gewordene Um-
gestaltung unseres Schulwesens berührt auch in einschnei-
dendem Maße die gewerblichen Fachschulen. Die Möglich-
keit des ganz- und mehrjährigen Besuchs von Fachschulen
mit Volkunterricht behufs Weiterbildung solcher Facharbei-
ter, die bereits die Gewerbeschule durchlaufen haben, zu
Monteuren, Werkmeistern, Werkführern und dergl. ist in
Zukunft für die meisten in Betracht kommenden jungen
Leute durch die unerschwinglichen Kosten nicht mehr gege-
ben. Dabur wird der Weiterbestand der mittleren Fach-
schulen, wie der Bauhandwerker-, Monteur- und
Werkmeister-, in Frage gestellt. Ihre Aufgaben ha-
ben künftig die Gewerbeschulen zu übernehmen durch Ein-
richtung von Aufbaufkursen mit Abendunter-
richt, so daß die Teilnehmer an denselben der beruflichen
Tagesarbeit nicht entzogen werden. Diese Kurse sind dann
auf einen entsprechend längeren Zeitraum auszudehnen.
Nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber
werden diese Einrichtung sehr begrüßen. Den Unterricht
werden hauptsächlich Gewerbelehrer mit voller ingenieur-
technischer Ausbildung zu erteilen haben. Leider muß diese
an sich sehr dringliche, für die Entwicklung unserer wirt-
schaftlichen Stärke bedeutsame Einrichtung wegen des gro-
ßen Mangels an geeigneten Lehrkräften noch zurückgestellt
werden. Für die an der Technischen Hochschule studierenden
Anwärter für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen bie-
tet sich auch nach dieser Richtung hin eine dankbare und
ausichtsreiche Tätigkeit und Laufbahn.

Die Tat zu, hat sich aber bis jetzt geweigert, über seine Mit-
täter und über den Verbleib der Diebesbeute Auskunft
zu geben.
(S. 13.) Von der bayerischen Grenze, 14. Nov. In dem
nahen bayerischen Ort Burlafingen kaufte ein Bauer einen
Revolver. Als Vater und Sohn sich daran zu schaffen
machten, ging plötzlich ein Schuß los, der den Vater in das
Herz traf und den Tod zur Folge hatte.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 7130 Mark, der Schweizer
Franken auf 1290 Mark.

Erhöhter Zinsfuß der Darlehenskassen.

Berlin, 13. Nov. Der Zinsfuß der Darlehenskassen be-
trägt ab heute bis auf weiteres für Borgzinsdarlehen 10 1/2
Prozent, für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher
Wertpapiere einschließlich der unverzinslichen Schahanwei-
sungen 11 Prozent und für Darlehen gegen Verpfändung
von Aktien und dergleichen, sowie Waren 12 Prozent.

47,6 Milliarden neues Papiergeld.

Die Inanspruchnahme der Reichsbank setzte sich nach dem
Ausweis vom 7. ds. Mts. in der ersten Novemberwoche in
außerordentlichem Umfange fort. Die gesamte Kapitalanlage
stieg um 62,5 auf 641,9 Milliarden. Die bankmäßige Deckung
allein erhöht sich um 59 auf 337,4 Milliarden Mark, und zwar
in den Wechselanlagen um 24,7 und in den Schahanweisungs-
beständen um 34,3 Milliarden Mark. Nach wie vor wurden die
Gegenwerte der beanspruchten Kreditbeträge größtenteils in
Zahlungsmitteln der Bank entzogen. Den privaten und öffent-
lichen Guthaben bei der Bank flossen 9,8 Milliarden Mark neu
zu, so daß sich die Bestände der fremden Gelder am 7. November
auf 150,6 Milliarden Mark stellten. Der Neubedarf an Bank-
noten, die die Bank in der Berichtswache zu befreiben hatte,
erreichte 47,6 Milliarden Mark, der gesamte Banknotenumlauf
ist damit auf 517 Milliarden Mark angewachsen.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. 13.) Stuttgart, 13. Nov. Die Haltung des amtlichen
Verkehrs war sehr fest. Bei reger Nachfrage haben sich die
Rückläufe der Baisse wieder ausgeglichen. Banfaktien
lagen sehr fest: Württ. Bankanstalt + 190 Pr., Vereinsb.
+ 260 (1150). Brauereiwerte waren behauptet: Brauhaus
Ravensburg + 20 (550), Ehlinger + 30 (550), Ketten-
meyer-Tivoli + 50 (1000), Hohenz. + 90 (1100). Textil-
werte lagen fest: Baumw. Erlangen + 800 (3800), Kolb
u. Schüle + 50 (4050). Maschinen- und Metallwerte lagen
sehr fest: Maschinen Eßlingen + 210 (3160), Lauph. + 660
(4200), Daimler + 85 (1810), Hesser + 275 (2025), Wein-
garten + 100 (2900), Redarjulmer Fahrz. + 275 (2475),
Feinmeh. Tuttl. + 500 (7300), Jungfahrs + 150 (2000),
Württ. Metallw. + 1000 (14 000). Die sonstigen Werte
lagen durchweg außerordentlich fest: Bad. Anilin + 490
(7990), Cement Heidelberg + 400 (4100), Köln-Rottw.
+ 350 (4350), Krumm + 250 (1150), Hohner + 700 (4000),
Stuttg. Zucker + 550 (4700), Ziegel Ludwigsburg + 300
(2600). Der Freiverkehr war behauptet.

Zuckerfabrik Stuttgart.

(S. 13.) Stuttgart, 14. Nov. Einer auf 27. Nov. ein-
berufenen a. o. G. B. wird die Erhöhung des Grundkapitals
um 100,8 Millionen Stammaktien und 2 880 000 M. Vor-
zugsaktien vorgeschlagen.

Märkte.

(S. 13.) Stuttgart, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

Viehhandels- und Mehgeraufschneide

Mit dem Ablauf des Kalenderjahres erlischt die Gül-
tigkeit der Viehhandels- und Mehgeraufschneide. Gesuche
um Erneuerung und um Wiederzulassung zum Viehhandel
und Aufkauf müssen bis spätestens 1. Dezember beim Schult-
heizenamt eingereicht werden. Es wird aber darauf auf-
merksam gemacht, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Lage
eine weitere Einschränkung der Händlerzahl dringend not-
wendig ist, und daß es sich darum empfiehlt, nur in ganz
besonders gelagerten Ausnahmefällen mit neuen Anträgen
an die Behörde heranzutreten.

Württemberg. Handelskammertag.

(S. 13.) Stuttgart, 11. Nov. Am 8. und 9. November
sind in den Räumen der Handelskammer Stuttgart eine
Vertreterkonferenz des alle acht Handelskammern des Lan-
des umfassenden württ. Handelskammertags unter dem
Vorsitz von Kommerzienrat Kaufmann statt, in der
besonders zu dem Entwurf eines Gesetzes über den Abbruch
und die Stilllegung gewerblicher Betriebe und die Strel-
kung der Arbeit, zur Devisennotverordnung, zum Gesetz
gegen die Kapitalflucht, über Bilanz- und Verkehrsfragen,
darunter zur Tarifierhöhung im Eisenbahn- und Postbe-
trieb Stellung genommen wurde. Außerdem wurden noch
einige interne Handelskammerangelegenheiten beraten.
Zur Notlage der Presse wurde eine Entschliebung ange-
nommen, wonach es die württembergischen Handelskammern
aus allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten wie auch in
Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der zu ihrem
Mandatbereich gehörigen Zeitungsunternehmungen für
ihre Pflicht erachten, Industrie und Handel ihrer Bezirke
nahzulegen, der Notlage der am wirtschaftlichen Nachrich-
tendienst beteiligten Presse durch Bezug der Zeitungen wie
durch erweiterte Erteilung von Anzeigen und Propaganda-
aufträgen auch ihrerseits nach Möglichkeit mit Steuern zu
helfen. Was die Tarifierhöhungen bei Post und Eisenbahn
anbelangt, so gehen die zum 15. November vorgesehenen
Erhöhungen der Postgebühren um durchschnittlich 100 Prz.,
wie die vom Reichsverkehrsminister angeordnete Erhöhung
der Personentaxen ab 1. Dezember um 400 Prozent gegen-
über den Oktoberätzen, insbesondere aber die 14tägig sich
wiederholenden enormen Erhöhungen der Gütertarife über
jedes erträgliche Maß hinaus. Bevor die Reichspost- und
Reichseisenbahnverwaltung diese äußerste Anspannung der
Tariiffälle fortsetzen, die namentlich auf der württ. Güter-
produktion und auf dem gesamten Verbrauch außerordent-
lich schwer lasten, muß der württ. Handelskammertag aufs
nachdrücklichste den schlüssigen, noch nicht erbrachten Nach-
weis dafür fordern, daß ein zwingendes Bedürfnis für eine
Fortsetzung dieser Tarippolitik vorliegt und vor allem muß
verlangt werden, daß vor einer Fortsetzung dieser mecha-
nischen Tarippolitik der dringenden Forderung aller Wirt-
schaftskreise nach innerer Reform und ökonomischer Ge-
staltung der beiden großen Verkehrsanstalten des Reichs
entsprochen wird.

(S. 13.) Freudenstadt, 14. Nov. Sonntag morgen wurde
einem Mädchen am Stadtbahnhof von einem besser geklei-
deten Herrn der Zopf abgeschnitten. Der Täter wurde von
einem Landjäger verfolgt, konnte aber nicht mehr eingeholt
werden. — Das Zopfabschneiden wird von verschiedenen
Orten gemeldet. Wahrscheinlich verfolgen die Täter dabei
rein wirtschaftliche Ziele, da das Haar zu sehr hohen Preisen
gekauft wird. Hoffentlich erwirft man diese krupellosen
Individuen recht bald.

(S. 13.) Murrhardt, 14. Nov. Montag nachmittag fiel
der in den 50er Jahren stehende Naturheilkundige Fried-
rich Mübel von Stuttgart im Gasthaus zum Schwanen die
Kellertreppe hinab. Er brach das Genick und war sofort tot.

(S. 13.) Göppingen, 14. Nov. Dem Viehmarkt
waren zugetrieben: 3 Ochsen, 4 Kühe, 14 Stück Jungvieh,
4 Kälber, 16 Läufer Schweine und 6 Milchschweine. Die
Preise bewegten sich bei den Rühnen von 90 000—200 000 M.,
beim Jungvieh von 90 000—180 000 M., bei Kälbern von
28 000—45 000 M., bei Läufer Schweinen von 12 000—17 000
und bei Milchschweinen von 10 000—13 000 M. pro Stück.

(S. 13.) Gmünd, 14. Nov. In der Nacht besam ein
18 Jahre alter Hilfsarbeiter infolge reichlichen Alkohol-
genusses von neuem Wein einen Tobsuchtsanfall, entklei-
dete sich auf der Straße und kletterte in der Grabenstraße
auf einen Fernsprechständer, wo er sich unter Schreien und
Toben nahezu 2 Stunden aufhielt.

(S. 13.) Leidenheim, 14. Nov. Wohl infolge Kurzschluß brach
am Sonntag abend während des Gottesdienstes in der Orgel
der Pauluskirche Feuer aus, das mit einigen Kübeln Wasser
gelöscht werden konnte. Die Orgel ist zunächst unbrauchbar. —
In einer Wirtschaft wurde einem Gast aus Jelmern Ueberzieher
die Brieftasche mit größerem Inhalt gestohlen.

(S. 13.) Ulm, 13. Nov. In der letzten Gemeinderats-
sitzung wurde beschlossen, eine Mittelstands Küche zu
errichten, in der Mittagessen an Bedürftige des Mittelstands
und andere Notleidende abgegeben wird. Der Preis soll
für Suppe und Gemüse 20 M., mit Fleisch 40 M. betragen.

(S. 13.) Ludau, 13. Nov. In dem Hause des Forstwarts
Schneider in Seelenhof wurde durch einen jungen Burshen ein-
gebrochen und eine ganze Jagdausrüstung im Wert von etwa
100 000 Mark gestohlen.

(S. 13.) Vom Bodensee, 14. Nov. Den Kirchenräubern
im Konstanzener Münster ist die Kriminalpolizei rasch auf
die Spur gekommen. Am gleichen Tage konnte mit Hilfe
des Erkennungsvorjahrens einer der Täter festgenommen
werden in der Person des 29jährigen Installationsarbei-
ters Eduard Böhler in Konstanz. Der Einbrecher, der
anfangs jede Täterschaft in Abrede stellte, gestand schließ-
lich unter der Einwirkung der erdrückenden Beweislast,

die Tat zu, hat sich aber bis jetzt geweigert, über seine Mit-
täter und über den Verbleib der Diebesbeute Auskunft
zu geben.

(S. 13.) Von der bayerischen Grenze, 14. Nov. In dem
nahen bayerischen Ort Burlafingen kaufte ein Bauer einen
Revolver. Als Vater und Sohn sich daran zu schaffen
machten, ging plötzlich ein Schuß los, der den Vater in das
Herz traf und den Tod zur Folge hatte.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 7130 Mark, der Schweizer
Franken auf 1290 Mark.

Erhöhter Zinsfuß der Darlehenskassen.

Berlin, 13. Nov. Der Zinsfuß der Darlehenskassen be-
trägt ab heute bis auf weiteres für Borgzinsdarlehen 10 1/2
Prozent, für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher
Wertpapiere einschließlich der unverzinslichen Schahanwei-
sungen 11 Prozent und für Darlehen gegen Verpfändung
von Aktien und dergleichen, sowie Waren 12 Prozent.

47,6 Milliarden neues Papiergeld.

Die Inanspruchnahme der Reichsbank setzte sich nach dem
Ausweis vom 7. ds. Mts. in der ersten Novemberwoche in
außerordentlichem Umfange fort. Die gesamte Kapitalanlage
stieg um 62,5 auf 641,9 Milliarden. Die bankmäßige Deckung
allein erhöht sich um 59 auf 337,4 Milliarden Mark, und zwar
in den Wechselanlagen um 24,7 und in den Schahanweisungs-
beständen um 34,3 Milliarden Mark. Nach wie vor wurden die
Gegenwerte der beanspruchten Kreditbeträge größtenteils in
Zahlungsmitteln der Bank entzogen. Den privaten und öffent-
lichen Guthaben bei der Bank flossen 9,8 Milliarden Mark neu
zu, so daß sich die Bestände der fremden Gelder am 7. November
auf 150,6 Milliarden Mark stellten. Der Neubedarf an Bank-
noten, die die Bank in der Berichtswache zu befreiben hatte,
erreichte 47,6 Milliarden Mark, der gesamte Banknotenumlauf
ist damit auf 517 Milliarden Mark angewachsen.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. 13.) Stuttgart, 13. Nov. Die Haltung des amtlichen
Verkehrs war sehr fest. Bei reger Nachfrage haben sich die
Rückläufe der Baisse wieder ausgeglichen. Banfaktien
lagen sehr fest: Württ. Bankanstalt + 190 Pr., Vereinsb.
+ 260 (1150). Brauereiwerte waren behauptet: Brauhaus
Ravensburg + 20 (550), Ehlinger + 30 (550), Ketten-
meyer-Tivoli + 50 (1000), Hohenz. + 90 (1100). Textil-
werte lagen fest: Baumw. Erlangen + 800 (3800), Kolb
u. Schüle + 50 (4050). Maschinen- und Metallwerte lagen
sehr fest: Maschinen Eßlingen + 210 (3160), Lauph. + 660
(4200), Daimler + 85 (1810), Hesser + 275 (2025), Wein-
garten + 100 (2900), Redarjulmer Fahrz. + 275 (2475),
Feinmeh. Tuttl. + 500 (7300), Jungfahrs + 150 (2000),
Württ. Metallw. + 1000 (14 000). Die sonstigen Werte
lagen durchweg außerordentlich fest: Bad. Anilin + 490
(7990), Cement Heidelberg + 400 (4100), Köln-Rottw.
+ 350 (4350), Krumm + 250 (1150), Hohner + 700 (4000),
Stuttg. Zucker + 550 (4700), Ziegel Ludwigsburg + 300
(2600). Der Freiverkehr war behauptet.

Zuckerfabrik Stuttgart.

(S. 13.) Stuttgart, 14. Nov. Einer auf 27. Nov. ein-
berufenen a. o. G. B. wird die Erhöhung des Grundkapitals
um 100,8 Millionen Stammaktien und 2 880 000 M. Vor-
zugsaktien vorgeschlagen.

Märkte.

(S. 13.) Stuttgart, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft, bei Schweinen schleppend.

(S. 13.) Ulm, 14. Nov. (Schlachtviehmarkt). Er-
lös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 18 700, Bullen 1.
15 000—15 500, Rinder 1. 17 500—18 500, Kühe 2. 9500 bis
11 500, 3. 7500—9000, Kälber 1. 26 000—27 000, 2. 24 000
bis 25 000, Schweine 1. 38 000—40 000, 2. 35 000—37 000 M.
Marktverlauf: lebhaft

Stadtgemeinde Calw.
Gemeinderatswahl.

Der letzte Tag für Erhebung von Einsprachen ist der 17. November ds. Js. (Freitag.)
Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Wahlberechtigten, die keinen Wählerzettel erhalten haben, nicht in der Wählerliste laufen und deshalb Einsprache erheben müssen, wenn sie am 9. Dezember ds. Js. ihre Stimme für die Gemeinderatswahl abgeben wollen. Zur Wahl zugelassen werden nur diejenigen, die in der Wählerliste laufen, auch wenn die Uebergehung in einem offenbaren Versehen ihren Grund hat.
Calw, den 14. November 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.
Feuerungsversicherung für Gebäude.

Der Verwaltungsrat der staatlichen Gebäudebrandversicherungsanstalt hat mit Wirkung vom 7. November 1922 an die Höchstätze der freiwilligen Feuerungsversicherung von 14 000 % bezw. 18 000 % auf 80 000 % bei Hochbau und 40 000 % bei hochwertigen Zubehörenden festgesetzt.
Die Gesamtversicherungsanlagensumme (Feuerungsversicherungsanlagensatz) einschließlich 1100 % Zuschlag und Feuerungsversicherung kann damit für Hochbau bis auf das 312fache des Friedensjahres für Zubehör bis auf das 412fache der Feuerungsanlagensumme erhöht werden. Diejenigen Gebäudeeigentümer, die bis jetzt von der Möglichkeit der Feuerungsversicherung zum jeweiligen Höchstatz Gebrauch gemacht haben, sind damit vom 7. November 1922 ab zu den oben angegebenen Höchstätzen gebüht.
Für 1922 beträgt die besondere Umlage auf die Feuerungsversicherung in Kl. II 8 Pfg. und in Kl. IV (Schwerkraftbauten) 20 Pfg. aus je 100 Mk. Feuerungsversicherungsanlagensumme (Prozentsatz der beantragten Feuerungsversicherung mal Friedensversicherungsanlagensatz).
Bei Gebäuden IV. Kl. erhöht sich die Umlage bei Versicherungssummen von mehr als 500 000 Mk. auf 25 Pfg., 1 000 000 Mk. auf 30 Pfg., 5 000 000 Mk. auf 40 Pfg.
Beispiel: Demnach würde bei Einhebung einer Feuerungsversicherung zum Höchstatz von 30 000 % die besondere Umlage betragen für ein Gebäude IV. Kl. mit einem Brandversicherungsanlagensatz von 17 000 Mk. aus 510 000 Versicherungssumme 40 Pfg. für 100 Mk., zusammen 20 400 Mk.
Calw, den 11. November 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Deliamen-Lohnschlängerei

Neben Reps und Mohr nehme ich auch täglich zur Verarbeitung im Lohn an:

- Bucheln**
- Hanf**
- Senf**
- Hederich**
- Dotterreps**
- Lein**

Saaten. Bei reichster Ausbeute und mäßiger Berechnung erhalten Sie bei mir ein erstklassiges bis auf den letzten Tropfen klares Öl sowie gemahlene Kuchen zurück.

Bucheln werden bei mir vor der Verarbeitung entkernt, wodurch eine weit bessere Delqualität wie auch größere Ausbeute gewährleistet wird.

Alfred Reclam, Nagold
Fernsprecher 101.

**A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW**



Anfertigung
von Zeitschriften,
Werken, Prospekten,
Katalogen
usw.

Wiltberg, den 13. November 1922.

**Statt besonderer Anzeige.
Trauer-Anzeige.**



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwieger- und Großvater

Friedrich Carle
Kaufmann

im Alter von 54 Jahren durch einen Unglücksfall rasch verschieden ist.
Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die kieftrauernde Gattin: **Mina Carle.**
Beerdigung Donnerstag Nachmittag 1/2 2 Uhr.

Wiltberg, den 15. November 1922.

Dankfagung.

Für die wohlthuende Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter u. Großmutter

Christine Reutler +

für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Schmid, sowie den Herren Ehrenträgern und für den erhebenden Gesang des Gesangsvereins und der Kinder danken herzlichst die trauernden Hinterbliebenen.

Bruchleiden.

Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne schmerzhafteste Empfindung, vollständig ohne Berufsdrück. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.

Sprechstunde in Calw, Samstag 18. Nov., nachmittag 3-6 Uhr, Hotel „Waldhorn“.

Dr. med. H. L. Meyer, praktischer Arzt, Hamburg, Schauenburgerstraße 4.

Besichtige hierdurch mit vielem Dank für tadellose Heilung meines Leistenbruchs während 4 1/2 Monaten in meinem Alter von 74 Jahren.

Konstanz, 23. 1. 22. W, Gerichtsvollz. a. D.

Weizenmehl

Spezial 0, Weizengries, Weizenmehl Nr. 3 (Brotmehl) erstkl. Fabrikate liefert zu günstigen Preisen.

Adolf Luf.

Noch nie dagewesene Preise zahle ich wegen dringend. Bedarf an

Fellen

Halen	Kanin	Katzen	Rehe	Ziegen	Echsküchen
Marder	Blasse	Füchse	Dachs	Bisam-R.	Wiesel, w.

Beste Quelle für Händler. sowie alle Arten Felle. Beste Quelle für Lager.

Eigene Kürzneret.

Belzwarenhans z. Leipziger Mann
Stuttgart, Rotenbühlstr. 3.
nächtl. Königsstr., Fernsprecher 7649.

Wand-Kalender für das Jahr 1923

mit Märkteverzeichnis.
Zum Preise von 10.- Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Etwas Gutes

für Haare u. Haarboden ist echtes
Brennesselhaarwasser
mit den 3 Brennesseln und feinstes
Birkenhaarwasser
Otto Vinçon, Calw.

Suche

zur Mithilfe täglich vorm im Haushalt tüchtiges ehrliches

Mädchen oder Frau

bei guter Bezahlung. Näh. zu erfragen in d. Geschäftsst. d. B.

Buchen-, Eichen-, Tannen-, Forchen-, Stockholz-, Bündel- und Sawarten-Brennholz,

sowie

Stangen

aller Klassen kauft laufend gegen so ortige Kasse.

Wilhelm Lanher, Ebersbach/Wiltbg.
Fernsprecher 2.

Für Felle

jeder Art, sowie gebrauchte

Mehlsäcke

und alle Sort. Säcke werden die höchsten Preise bezahlt nur bei

Rosdzial, Borzheim, Klostermühlgasse 6
Eckaden, Telefon 2681.
Sedes Quantum wird abgeholt.



Nach berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!

Marine

Suche und Bekleidung tragen alle Berufe. Verlangen Sie sofort Preisliste. **Bernhard Preller, Kiel.**

Oitenbronn. Im Auftrag habe ich einen wenig getragenen

Anzug

hellbraun, mittlere Figur, zu verkaufen
Jakob Ohngemach, Schneider.

Anzug - Tische

(eichen), hat zu verkaufen.
Karl Heugle, jr., Schreinermeister.

20 Zentner gute Speise-

Rohraben

kauft das

Täfer-Diele

(alte Ware). Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Donnerstag Abend 8 Uhr:
Der geheimnisvolle Dolch
III. Teil
mit Beiprogramm.



Zu einer
Privattanzstunde

in Calw werden noch einige
Damen gesucht.

Tanzlehrer Eugen Vogner.
Anmeldungen unter 3. 3. 267 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 18. November 1922, stattfindenden

Hochzeitsfeier

in unser elterliches Haus, Gasthaus zum „Hirsch“ in Igelstoch freundlichst einzuladen.

Georg Rusterer

Sohn des † Georg Rusterer, Hirschwirt in Igelstoch.

Christiane Baier

Tochter des † Michael Baier, Bauer in Oberlengenhardt.

Kirchgang 12 Uhr in Igelstoch.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 18. November 1922 im Gasthaus zum „Aler“ in Biefelsberg stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Gottlieb Lötterle

Sohn des Gottlieb Lötterle, Holzhauer in Biefelsberg

Christine Wohlgenuth

Tochter des Joh. Wohlgenuth, Wauer in Bainen

Kirchgang 12 Uhr.

Felle

Zahle enorme Preise für Felle all. Art. Stallhakenfelle nach Größe bis 150 Mark u. mehr. Legen Sie mir Ihre Felle vor. Adresse ausschneiden.
E. Maishofer, Borzheim, Tierpräparation, Lindenstraße 52.

Metalle

werden zu folgenden Preisen eingekauft:
Kupfer M. 800.- p. Kg.
Messing „ 600.- „
Zink u. Blei M. 450.- per Kilogramm

Zinn von M. 1500.- bis M. 2000.- p. Kg. bei

Rosdzial, Borzheim, Klostermühlgasse 6
Eckaden, Telefon 2681.
Fischer und Metallverbraucher werden bevorzugt.

Zimmer-Ofen

(Holz- und Kohlenheizung) verkauft

Ehr. Buchter, Schreinermeister.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.